

„Unvorstellbare Konsequenzen“

Berlin. Der Vorsitzende der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe des Bundestags,



Hartmut Koschyk, warnt vor einem militärischen Konflikt.

Droht ein Krieg auf der koreanischen Halbinsel?

Koschyk: Um einen Ausweg aus der Eskalationsspirale zu finden, muss jeder in der internationalen Gemeinschaft seine Verantwortung wahrnehmen. Das gilt auch für EU und Deutschland. Dann ist es möglich, die Krise zu entschärfen.

Und wenn die USA doch militärisch einschreiten?

Koschyk: Ich schöpfe Hoffnung aus klugen Stimmen in den USA, auch aus dem Präsidenten-Umfeld, dass es nicht dazu kommt. Jedem muss klar sein: Eine begrenzte militärische Option gibt es nicht. Ein Angriff würde eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt mit unvorstellbaren Konsequenzen auslösen! Die Region ist ein gewaltiges Pulverfass.

Trump lässt dazu keinen Willen erkennen, im Gegenteil...

Koschyk: Die Gespräche müssen nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden. Das Genfer Abkommen von 1994 hat schon einmal eine atomare Eskalation in Nordost-Asien verhindert. Es kam durch direkte US-nordkoreanische Gespräche zustande, die in der Schweiz geführt wurden. Unter US-Präsident George W. Bush gab es direkte Kontakte, damals wurde in Berlin verhandelt. Es gibt in Europa Anknüpfungspunkte für vertrauliche Gespräche zwischen Pjöngjang und Washington.

Sollte sich die Kanzlerin stärker einschalten?

Koschyk: Sinnvoll wäre eine europäische Initiative. Die Kanzlerin hat gerade zurecht daran erinnert, dass das Iran-Abkommen zur Entschärfung des Atom-Konfliktes mit Teheran dafür ein Vorbild sein kann. An dem Zustandekommen des Abkommens hatte die EU maßgeblichen Anteil. Nun sollte sich Europa auch in der Nordkorea-Krise stärker engagieren und seiner Verantwortung gerecht werden. Die EU genießt in der Region die größte Glaubwürdigkeit, weil sie dort keine strategischen Interessen hat. Sie ist eine Friedensmacht. – ts